

Zusammenfassung Positionspapiere/Stellungnahmen 20.10.2003

Österreichischer Städtebund

- Ausrichtung der Verwaltungsreform nach dem Subsidiaritätsprinzip (Gemeinde als bürgernächste Verwaltungseinheit)
- Schaffung von Kooperationsmodellen für Gemeinden zur effizienten und bürgernahen Aufgabenbesorgung
- Frage, welche Behörde zentrale Anlaufstelle für den Bürger sein soll (Städte/Gemeinden oder Bezirkshauptmannschaften)
- Zukunft der Gemeindeaufsichtsbehörden; in welchen Bereichen erforderlich?

Position des Landes Oberösterreich

- Notwendigkeit zur Fortentwicklung und zum Ausbau der Elemente des bundesstaatlichen Prinzips
- Stärkung der Gemeindeautonomie
- Subsidiaritätsprinzip
- Stärkung des Bundesrates
- Grundsatzgesetzgebung Bund – Ausführungsgesetzgebung Land
- Schaffung von Instrumenten, um neue Regelungsbereiche rasch Bund oder Ländern zuzuordnen
- Entfall des Einspruchsverfahrens nach Art. 98 B-VG
- Abschaffung der mittelbaren Bundesverwaltung und Überführung in den Bereich der selbständigen Landesvollziehung
- Überprüfung der Entscheidungen der Behörden 1. Instanz durch Landesverwaltungsgerichte
- Einrichtung echter und allgemein zuständiger Landesverwaltungsgerichte
- Koordinierungsbefugnis in Krisen- und Katastrophenfällen an Länder (solange es sich nicht um Bundesländergrenzen überschreitende Krisen/Katastrophen handelt)
- Vorschlagsrecht für Nominierung für gemeinsame Organe des Bundes und der Länder (VfGH, VbGH, RH, Volksanwaltschaft)
- Mitwirkung der Länder an der Rechtsetzung der EU

Wirtschaftskammer Österreich

- Abschaffung der mittelbaren Bundesverwaltung
- Schaffung neuer Instrumente zur Wahrung der Einheitlichkeit des Vollzugs
- Verträge über Gegenstände des jeweiligen Wirkungsbereiches zwischen Staats- und Gemeindeebenen

- Schaffung gemeinsamer organisatorischer Einrichtungen (Bund – Länder)
- Aufwertung der Gemeinden
- Privatrechtliche Dienstverhältnisse für alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes
- Neuordnung:
 - Schul- und Wissenschaftsverwaltung
 - Sozialverwaltung
 - Rechtsschutz

General i.R. Majcin

- Neuordnung der Zuständigkeiten Bundesminister für Landesverteidung – Chef des Generalstabes

Sektionschef i.R. DI Hintze

- Zusammenfassung und Neustrukturierung der Rechtsdienste
 - Generalprokuratur
 - Verfassungsdienst im BKA
 - Finanzprokuratur

Industriellenvereinigung

- Bürgernähe
- Schnelle Rechtssicherheit
- Effiziente Größen
- E-Government
- Schaffung gemeinsamer Behörden Bund – Länder

Umweltdachverband

- Einrichtung einer Bundesanwaltschaft
- Einrichtung einer Schnittstelle zwischen Bund und Ländern, wo Strategien, Maßnahmen und Programme zur Implementierung der Nachhaltigkeitsstrategie geplant und umgesetzt werden können